

## **Niederschrift**

über die 5. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen**

am Montag, dem **26.09.2022**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 25.05.2022**
- 4. Antrag der SPD-Fraktion auf Überprüfung des Wegenetzes der Gemeinde hinsichtlich seiner Sicherheit durch Beleuchtung (siehe Anlage)**
- 5. Anfrage der SPD- Fraktion zur Situation in der Diekstahlstraße (Siehe Anlage)**
- 6. Antrag der Gruppe Grüne/FDP/Linke zur Fahrradführung im Falkenweg  
Vorlage: 154/2022**
- 7. Schaltzeiten Straßenbeleuchtung  
Vorlage: 152/2022**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Beigeordneter Michael Ramke als Ausschussvorsitzender  
Ratsherr Reemt Borchers  
Ratsherr Frank David  
Ratsherr Maik Neubert  
Beigeordnete Annika Ramke

Vertreter/in

Ratsherr Frank Behrens Vertretung für Herrn Beigeordneter Achim Rutz  
Ratsfrau Anke Heitmann Vertretung für Ratsvorsitzende Manuela Mohr

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Merle Mänz

Verwaltung

Gemeindeoberrat Klaus Oltmann  
Verwaltungsfachwirt Sebastian Janßen  
Verwaltungsfachangestellte Franziska Obermeier als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der stellv. Ausschussvorsitzende Beigeordneter Michael Ramke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung mit verkürzter Ladefrist, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**2. Einwohnerfragestunde**

---

**3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 25.05.2022**

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4. Antrag der SPD-Fraktion auf Überprüfung des Wegenetzes der Gemeinde hinsichtlich seiner Sicherheit durch Beleuchtung**

Die SPD-Fraktion erläuterte ihren Antrag und wies darauf hin, dass die Überprüfung auch im Hinblick auf die Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit stattfinden soll.

Das Ausschussmitglied der Gruppe Grüne/FDP/Linke stimmte den Argumenten im Antrag teilweise zu. Für die Gruppe ist eine Überprüfung der Sicherheit und Einrichtung einer Wegbeleuchtung auf den Wegen im Bereich der Schule sinnvoll, für die anderen Wege halte sie dies jedoch nicht für notwendig.

Die SPD-Fraktion betonte daraufhin, dass es hier vorwiegend um die Sicherheit der Sander Bürger geht.

Ein Ausschussmitglied fügte an, dass bei der Überprüfung der Wege auf Sicherheit die Wege auch gleichzeitig auf ihren allgemeinen Zustand überprüft werden sollten. Als Beispiel wurde hier der Banterweg in Mariensiel genannt. Alternativ sollte geprüft werden, Wege, wenn sie nicht benutzt werden, für die Öffentlichkeit unzugänglich zu machen.

Die SPD-Fraktion warf daraufhin ein, dass die Überprüfung hinsichtlich der Sicherheit Vorrang haben sollte und dann im Anschluss vielleicht die Wege hinsichtlich ihres Zustandes geprüft werden könnten.

Ein Ausschussmitglied sagte daraufhin, dass die Verwaltung bereits viele Aufgaben übernimmt und dass die Überprüfung des Zustandes der Wege in den Aufgabenbereich des Bauhofes fallen würde.

Daraufhin wurde von einem anderen Ausschussmitglied die Frage eingebracht, ob sich die Nutzungshäufigkeit dieser besagten Wege irgendwie feststellen ließe. Die Verwaltung erklärte, dass dies durch Zählen der täglichen Passanten möglich aber sehr aufwändig wäre.

Ein Ausschussmitglied machte den Vorschlag, dass man bei den Schulen und Eltern nachfragen könnte, welche Wege die Kinder als Schulweg benutzen und welche in den Augen der Eltern als zu gefährlich ohne Beleuchtung angesehen werden.

Daraufhin erklärte die SPD-Fraktion, dass sich ihr Antrag nicht nur auf Kinder bezieht, sondern auf die Allgemeinheit. Die SPD-Fraktion schlug vor, den Antrag in

der vorliegenden Form zunächst zu beschließen und dann im Anschluss die Frequentierung der Wege zu prüfen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

- das Wegenetz in dem im Antrag geschilderten Sinne zu betrachten
- die Wertigkeit hinsichtlich der Nutzung als „Verbindungsweg“ zu beurteilen
- vorhandene Wegebeleuchtung zu erfassen und
- Vorschläge zu erarbeiten, wie als notwendig erachtete Wegebeleuchtung wirtschaftlich und angemessen eingerichtet werden könnte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Anfrage der SPD- Fraktion zur Situation in der Diekstaalstraße**

Die SPD-Fraktion erklärte ihre Anfrage.

Ein Ausschussmitglied merkte an, das sich durch die Durchführung der Messung ergeben hat, dass ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in der Diekstaalstraße vorliegt. Neben normalen Pkws nutzen auch Wohnmobile den Weg nach Altmarienhäuser die Diekstaalstraße als Abkürzung. Zudem wird die Straße auch von Lieferanten genutzt, die Ware zum Krankenhaus in Sanderbusch liefern. Die Einrichtung einer Anliegerstraße wurde bereits vom Landkreis Friesland und von der Polizei negativ bescheinigt. Auch Routendaten in den Navigationsgeräten hinsichtlich der Streckenführung durch Sande sind evtl. nicht geändert worden, was aber daran liegen kann, dass die Benutzer noch keine Updates ihrer Navigationsgeräte vorgenommen haben.

Die Verwaltung erklärte, dass die Situation sich seit dem Straßenausschuss vom 06.10.2021 nicht verändert hat. Die Verwaltung bestätigte noch einmal, dass drei namhafte Navigationshersteller angeschrieben worden sind.

Ein Ausschussmitglied stellte die Frage, ob nicht die Möglichkeit bestünde, Taxiunternehmen zu untersagen, durch die Diekstaalstraße zu fahren. Die Verwaltung gab an, dass man den Unternehmen nicht vorschreiben kann, welche Straßen genutzt werden dürfen und welche nicht.

Ein Ausschussmitglied teilte drauf hin mit, dass die Hauptstraße deswegen von den Fahrern gemieden wird, da die parkenden Autos am Straßenrand die Straße schmaler machen und durch die immer breiter werdenden Autos ein durchkommen schwieriger geworden ist. Auch die Ampelanlagen und das Tempo 30 Teilstück führen dazu, dass sich Autofahrer eine andere Wegstrecke suchen.

Die SPD-Fraktion wies darauf hin, dass eine Verbesserung der Situation an der Hauptstraße bereits in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland läuft. Der Ausschussvorsitzende schloss sich der Meinung an, dass die parkenden Autos

an der Hauptstraße ein Problem darstellen, sagte jedoch auch, dass abgewartet werden sollte, was das „Konzept Hauptstraße“ erwirkt und das die Anfrage der SPD-Fraktion damit beantwortet wurde.

**6. Antrag der Gruppe Grüne/FDP/Linke zur Fahrradführung im Falkenweg**  
**Vorlage: 154/2022**

Die Gruppe Grüne / FDP / Linke erläutert ihren Antrag und hoben hierbei insbesondere das Argument hervor, dass Radfahrer hier geschützt werden müssen.

Es ergab sich im Ausschuss die Frage, welche Optionen anstelle eines Fahrradschutzstreifens noch zur Verfügung stehen. Es wurde das Anbringen von Hinweisschildern vorgeschlagen. Die Einrichtung eines Parkverbots an der entsprechenden Stelle wäre zu viel.

Die Verwaltung erklärte daraufhin die Gegebenheiten am Falkenweg. Die empfohlene Mindestbreite eines Fahrradschutzstreifens beträgt 1,50 m, die Restfahrbahnbreite soll jedoch 5,00 m betragen, damit ein gefahrloses Vorbeifahren von entgegengekommenen Pkws gewährleistet ist. Da die Straßenbreite im besagten Bereich 5,74 m beträgt, wäre nach Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens eine Restbreite von nur 4,24 m übrig. Die Restbreite ist damit zu gering.

Die Antragsteller wiesen darauf hin, dass es sich bei den angegebenen Mindestbreiten nur um Empfehlungen und nicht um Vorgaben handle. Die Verwaltung betonte jedoch, dass man sich an diese Empfehlungen halten sollte.

Ein Ausschussmitglied fügte an, das bei einem Überholvorgang ein Auto zu einem Fahrradfahrer mindestens 1,50 Meter Abstand halten muss. Ein schmalerer Schutzstreifen wäre deswegen sinnlos.

Die Antragssteller erklärten, dass der Schutzstreifen nicht beutet, dass der Mindestabstand beim Überholvorgang unterschritten werden darf. Die 1,50 m müssen dennoch eingehalten werden.

Vonseiten eines Ausschussmitgliedes wurde eingeworfen, dass die Einrichtung eines Schutzstreifens Autofahrer dazu verleitet, die 1,50 m Abstand nicht mehr einzuhalten.

Die Verwaltung erläuterte zudem, dass die Geschwindigkeit der fahrenden Autos die Situation nicht verändert. Die parkenden Autos führen eher zu einer Beruhigung des Verkehrs.

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag der Gruppe Grüne / FDP / Linke auf Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens im Falkenweg wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

## 7. **Schaltzeiten Straßenbeleuchtung**

### **Vorlage: 152/2022**

Die Verwaltung erklärt den Sachverhalt und gab an, dass die Einschaltzeiten durch sie festgelegt werden und die Möglichkeit einer Anpassung besteht. Die Hauptstraße, die Dollstraße und das Gewerbegebiet sind von der Anpassung der Ein- und Ausschaltzeiten ausgenommen, da aus Gründen der Sicherheit und der Verkehrssicherheit hier die Beleuchtung durchbrennt.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob die Möglichkeit besteht, die Schaltzeiten am Wochenende anders zu regeln, antwortete die Verwaltung, dass dies nicht möglich ist. Hierzu müsse erst ein neues Steuerungssystem angeschafft werden.

Ein Ausschussmitglied stellte die Frage, ob in allen Straßenlaternen im Gemeindegebiet bereits LED-Lampen vorhanden wären.

Die Verwaltung erläuterte, dass in den letzten Jahren Stromsparlampen eingesetzt worden sind. Derzeit werden Fördermittel für die Umstellung auf LED-Lampen geprüft. Da jedoch bereits auf Stromsparlampen umgestellt worden ist, ist der Stromverbrauch erheblich gesunken, was dazu führt, dass es schwerer, Fördermittel zu erhalten. Die Umstellung auf LED-Lampen soll jedoch nach und nach erfolgen.

### **Beschlussvorschlag:**

Aus Gründen der Energieeinsparung wird die Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Sande mit Ausnahme der vorgenannten Bereiche wie vorgeschlagen geschaltet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 8. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

a) Die Gruppe Grüne / FDP / Linke gab an, dass die von ihnen im Vorfeld per Mail versandten Fragen an die Verwaltung in schriftlicher Form beantwortet werden. Jedoch möchte die Fraktion einige Punkte heute beantwortet haben.

Zum einen wurde die Frage nach dem aktuellen Sachstand der Ortsbegehung der Gießereistraße vom 30.03.2022 gestellt.

Die Verwaltung erklärte, dass der Auftrag erteilt wurde, die beschlossenen Be-

gleitpfosten in Höhe der Siedlung aufzustellen.

Eine weitere Frage bezog sich auf den aktuellen Stand der Einrichtung einer Fahrradzone in Mariensiel im Bereich der Umfangstraße. Die Verwaltung berichtete, dass derzeit Fördermöglichkeiten geprüft werden. Das von der Stadt Wilhelmshaven n Anspruch genommene Förderprogramm „Stadt und Land“ ist überzogen, wird aber evtl. verlängert werden. Die Sanierung der Umfangstraße würde ca. 600.000 € kosten. Auf die Frage, ob die Sanierung nicht zügig durchgeführt werden könnte, antwortete die Verwaltung, dass in diesem Fall die Sanierung ohne Fördermittel durchgeführt werden müsste, da andere Fördermöglichkeiten derzeit nicht gesehen werden.

b) Ein Ausschussmitglied stellte die Frage nach dem Stand der Restarbeiten bzw. dem Rückbau am ehemaligen Bahnübergang auf der K312.

Die Verwaltung erklärte, dass ein Rückbau zu einer zweimonatigen Sperrung führen würde. An der Einrichtung einer Bypass-Lösung wird derzeit gearbeitet. Der Rückbau soll hoffentlich noch dieses Jahr beginnen.

c) Ein Ausschussmitglied stellte die Frage nach der Fertigstellung des Tunnels für die Bahnunterführung. Die Verwaltung gab an, dass die Fertigstellung für März-April 2023 angekündigt ist.

d) Die Frage nach dem aktuellen Stand der Einrichtung eines Radweges auf der ehemaligen Bahntrasse wurde von einem Ausschussmitglied gestellt. Die Verwaltung erklärte, dass die Einrichtung ca. 600.000 € - 700.000 € kosten würde. Zurzeit wartet man auf die Verabschiedung des Fahrradkonzeptes des Landkreises Friesland. Eine Aufnahme des geplanten Radwegs ist vorgesehen. Anschließend werden weitere Fördermöglichkeiten geprüft, die alternativ derzeit nicht gesehen werden.

e) Auf die Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, ob die alte Bahnüberführung an der L815 (erste Brücke Sander Berge) abgebaut wird, antwortete die Verwaltung, dass nach derzeitigem Kenntnisstand nicht davon auszugehen ist. Zuständig sind hier das Land und die DB.

f) Ein Ausschussmitglied stellte die nach dem Sachstand der geplanten Sanierungsarbeiten am Radweg Ems-Jade-Kanal.. Die Verwaltung gab an, dass eine Ausschreibung stattgefunden hat. Auf Nachfrage, wann mit der Umsetzung zu rechnen ist, antwortete die Verwaltung, dass es je nach Wetterlage noch in diesem Jahr geplant ist einschließlich des Lückenschlusses zum befestigten Wegebereich.

g) Ein Ausschussmitglied merkte an, dass die Kunden auf dem Nettoparkplatz nicht auf den ausgewiesenen Parkflächen parken und fragte, welche Möglichkeiten die Verwaltung hat, hier regulierend tätig zu werden.

Die Verwaltung erklärte, dass es sich bei der Parkfläche um ein privates Gelände handelt und sie deswegen keinen Einfluss auf die Parksituation ausüben kann.

Ende des öffentlichen Teil 17:55 Uhr.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Sitzung im nachträglich auf Anfrage eines Ausschussmitgliedes eingefügten nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin